



14.4080 Postulat

Evaluation der bilateralen Verträge mit der EU

Eingereicht von: Grüne Fraktion
Sprecher/in: Schelbert Louis
Grüne Fraktion
GRÜNE Schweiz
Einreichungsdatum: 08.12.2014
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: Angenommen

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird gebeten, die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit in einem Bericht zuhanden des Parlamentes zu evaluieren.

Begründung

In der europapolitischen Diskussion spielen die bilateralen Verträge mit der EU eine zentrale Rolle, erst recht nach der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative vom 9. Februar 2014.

In der Öffentlichkeit kursieren verschiedene Einschätzungen über die Auswirkungen der mit der EU abgeschlossenen bilateralen Verträge. Je nach politischem Standort und Interesse scheinen sie der Schweiz zu nützen oder sind sie für die Schweiz eher eine Belastung, oder dann spielt es keine grosse Rolle, ob die Verträge bestehen oder nicht.

Vielleicht gilt das eine für einen Teil der Verträge, anderes für andere Abkommen. Auf jeden Fall kann nicht alles gleichzeitig richtig sein. Das Parlament und die Öffentlichkeit brauchen mehr Klarheit. Im Verhältnis zur EU stehen innerhalb der nächsten zwei Jahre wichtige Entscheidungen an. Das Parlament muss gestützt auf seriöse Grundlagen die weitere Gestaltung des Verhältnisses der Schweiz zur EU beurteilen und den Stimmberchtigten vorschlagen können.

Diese Klarheit und Seriosität kann eine Evaluation der bilateralen Verträge durch den Bundesrat bringen. Der Bericht müsste zeitlich so veröffentlicht werden, dass die Ergebnisse in die Beratungen über das künftige Verhältnis der Schweiz zur EU einfließen können.

Stellungnahme des Bundesrates vom 28.01.2015

Seit dem letzten Europabericht des Bundesrates – dem Bericht vom 17. September 2010 über die Evaluation der schweizerischen Europapolitik – wurden mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht, welche vom Bundesrat verlangen, Stand und Perspektiven der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu analysieren sowie die Bedeutung der bilateralen Abkommen aufzuzeigen (Interpellation Rennwald [10.3987](#); Postulat Fehr Hans-Jürg [12.4056](#); Postulat Aeschi Thomas [13.3151](#); Postulat der sozialdemokratischen Fraktion [14.3121](#); Interpellation Müller Philipp [14.3903](#)). In seinen Antworten auf diese Vorstösse hat der Bundesrat stets darauf hingewiesen, dass er den bilateralen Weg derzeit als das beste Instrument zur Wahrung der Interessen der Schweiz gegenüber der EU erachtet, dass er aber die verschiedenen europapolitischen Instrumente ständig überprüft, um je nach Entwicklung der Lage Anpassungen vornehmen zu können.

In diesem Zusammenhang hat der Bundesrat am 18. Dezember 2013 ein Verhandlungsmandat für die institutionellen Fragen verabschiedet, um den bilateralen Weg zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. Seit dem 9. Februar 2014 steht der Bundesrat ebenfalls in Kontakt mit seinen europäischen Partnern, um eine Lösung für das Personenfreizügigkeitsabkommen zu finden, welche es der Schweiz künftig ermöglichen wird, die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen sowie die bestehenden bilateralen Abkommen zu bewahren. Je nach Ergebnis dieser Verhandlungen werden die Fortführung des bilateralen Weges und die verschiedenen politischen Instrumente gegenüber der EU Gegenstand einer neuen Evaluation sein.

Ausserdem hat der Nationalrat am 15. September 2014 das Postulat Aeschi Thomas [13.3151](#) angenommen. Damit ist der Bundesrat beauftragt worden, einen detaillierten Bericht zum Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu erstellen. Im Rahmen dieses Berichtes wird er auch dem Anliegen des



vorliegenden Postulates Rechnung tragen.

Antrag des Bundesrates vom 28.01.2015

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Chronologie

20.03.2015 Nationalrat
Annahme

Zuständigkeiten

Zuständige Behörde

Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Links

Weiterführende Unterlagen

Amtliches Bulletin

